

Die Tücken eines Neubeginns

Ungarns schwierige Metamorphose

Der Systemwandel in den bis vor wenigen Jahren kommunistisch beherrschten Ländern Mittel-, Südost- und Osteuropa ist noch längst nicht abgeschlossen. Das gilt auch für Ungarn, wo die wirtschaftliche Umorientierung noch unter dem alten Regime eingeleitet wurde und der politische Systemwechsel fast reibungslos verlief. Als sein wohl schwerwiegendstes Erbe hat der Kommunismus eine „Ungesellschaft“ hinterlassen; jetzt muß sich das gesamte soziale Gefüge neu konstituieren, muß ein Gemeinwesen erst wirklich geschaffen werden. Der Budapester Soziologe Miklós Tomka zeigt im folgenden Beitrag aus eigener Anschauung, wie schwierig die gegenwärtigen Veränderungen in Ungarn zu bewältigen sind; allerdings gibt es keinen Weg zurück.

Was wird aus einer Puppe schlüpfen, die zuvor Spielzeug vieler Hände, jeder Kälte und Not ausgesetzt war? Bereits als Raupe fand sie häufig nur giftige Nahrung. Wird sie nun Grazie und Farbenpracht entfalten, oder wird sie statt zum Schmetterling zum Krüppel, zum Monster werden? Kinder, die Raupen im Weckglas sich einpuppen ließen, warten gespannt auf eine Antwort. Nicht anders „der Westen“ in Anbetracht der Transformation Ost- und Mitteleuropas. Was mag in jenem Wesen selbst vorgehen, das gerade zu einem ganz anderen wird?

Im Land selbst und von außerhalb werden im ost-mitteleuropäischen Vergleich *Ungarn* die besten Chancen attestiert. Seine Umwandlung ist am weitesten fortgeschritten. Es hat damit einen Vorsprung vor anderen Ländern im Wettlauf um Westkredite und um Kooperationen mit Westunternehmen. Die Umformung des politischen Systems gelang gleitend, fast ohne Nahtstelle und Konflikte. Ähnlich erging es der Wirtschaft. Man ist versucht zu sagen: es war eine lautlose Revolution. Insider wissen es besser. Eine Konferenz in Budapest ging unlängst den Fragen nach: Ist etwas geschehen? – in aller Stille? – gar ohne Revolution? Die Antworten fielen restlos skeptisch aus. Der Ausgang der Metamorphose ist noch ungewiß.

Auf die Frage nach der Vollendung der Wende bekommt man in Ungarn häufig eine mehrschichtige Antwort. Die Umgestaltung des *politischen Systems* beanspruchte, heißt es, etliche Monate. Die *Umstellung der Wirtschaft* wird noch mehrere Jahre fordern. Und die Veränderung der *Mentalitäten*? Nun, es fragt sich, ob erwachsene Menschen geändert werden können. Auch im besten Fall werden dazu Jahrzehnte notwendig sein. Tatsache ist, daß zunächst nicht einmal die Wirtschaft das kommunistische Erbe völlig loswerden konnte.

Sichtbare Armut und neuer Reichtum

„Wie geht es Dir?“ fragt Herr Kiss Herrn Nagy in einem bekannten Witz. „Danke, ausgezeichnet.“ – strahlt Nagy. „Schämst Du dich nicht, das sogar noch zu sagen?“ – empört sich Kiss ... Das Jammern gehört in Ungarn zum guten Ton.

Viele haben allen Grund dazu. Andere wollen ihren wachsenden Wohlstand verbergen. Sonst müßten sie ja womöglich mehr Steuern zahlen, vielleicht würden sogar die Mitbürger, die Gemeinde einen Beitrag erwarten.

Sehr bezeichnende Daten wurden unlängst von einem Meinungsforschungsinstitut veröffentlicht. 80 Prozent der erwachsenen Ungarn behaupten danach, ihre materielle Lage sei im vergangenen Jahr schlechter geworden. Nur 5 Prozent sprachen von einer Verbesserung. In Wirklichkeit hat sich die materielle Lage der Arbeitnehmer häufiger (in 46 Prozent der Fälle) verbessert als verschlechtert (40 Prozent). Die Leidtragenden des Wandels sind die Rentner. Die Mehrheit von ihnen (71 Prozent) erlebt eine Verschlechterung ihrer materiellen Lage. Lediglich einem Fünftel der Menschen im Ruhestand (18 Prozent) geht es jetzt besser als zuvor.

Nicht Verarmung, aber Differenzierung und vielleicht Polarisierung charakterisiert Ungarn. Freilich sind alle Anzeichen der Armut vorhanden. Bettler belagern Kirchen, Bahnhöfe, öffentliche Verkehrsmittel. Zigeuner kommen hausieren, und man fragt sich, ob dabei nicht der nächste Einbruch vorbereitet wird. Die neuentstandenen Caritas-Büros wissen von immer mehr alten Menschen, deren Einkommen zum Leben nicht mehr reicht. Auf den Straßen sieht man alarmierend häufig vom Alkohol aufgedunsene Gesichter. Und die Anzahl der Arbeitslosen hat die Grenze von 700000 überschritten, bei 6 Millionen Menschen im Arbeitnehmeralter. Not ist vorhanden, sichtbar, provozierend.

Die damalige wirtschaftliche Liberalisierung hat bereits seit Ende der 70er Jahre zur Verarmung bestimmter Gruppen, der Alten, der Großfamilien geführt. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Doch fragt es sich, ob die Wirtschaft allein die Schuld daran trägt. Bettler, Hausierer, Roma rücken schnell mit rumänischen Pässen heraus, ebenso mit dem Argument, daß sie das Geld für die Heimreise bräuchten. Noch verwickelter ist die Frage der *Arbeitslosen*. Es gibt über 350000 unbesetzte Stellen und viele weitere Lehrstellen und Angebote zur Umschulung. Sie werden nicht genommen. Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft halfen in der Vergangenheit, die zentrale Planwirtschaft auszutricksen und eine unkontrollierte Sphäre

der Privatwirtschaft zu schaffen. Diese existiert weiter. Hier kann man oft mehr verdienen als in einem regulären Job. Steuern und Sozialabgaben zahlt man für diese Einkommen nicht, versichert ist man ja als Arbeitsloser, und die Arbeitslosenunterstützung ist eine angenehme Ergänzung. Etwa jeder vierte Arbeitslose hat noch die Hauswirtschaft als letzte Absicherung: Hof, Tiere, Obst- und Gemüsegarten, 1 Hektar Land.

Trotz allem, Arbeitslosigkeit ist ein quälendes Problem. 1989 hatte jeder fünfte Arbeitnehmer Angst davor, heute mehr als jeder zweite. Ganze Wirtschaftszweige mußten aus Rentabilitätsgründen bereits geschlossen werden, wie die Braunkohleförderung oder die Stahlindustrie. Im strukturschwachen Ostungarn machte der Zusammenbruch der Ostmärkte die Lage katastrophal. Doch nochmals, der Wirtschaftswandel ist Auslösemoment und nicht der Kern der Schwierigkeiten. Viele sind den neuen Anforderungen einer Leistungsgesellschaft einfach nicht gewachsen. Jahrzehnte hindurch fanden sie es gemütlich, mit Kumpanen zu trödeln und dafür sogar noch etwas Geld zu bekommen. Sie könnten es sich nicht zumuten, mit 35, 40 und mehr Jahren eine Umschulung mitzumachen. Das Arbeitstempo im neuen Ungarn finden sie unerträglich. Der Zusammenbruch eines verlogenen Systems raubte ihnen nicht nur Illusionen, sondern den Rahmen ihres bis dahin geordneten Lebens.

Von den „Neureichen“ fehlen die Statistiken, einige Tendenzen sind aber offensichtlich. Teurere Autos und Prunkvillen sind nicht mehr am Budapester Rosenhügel konzentriert, sondern sind in allen Gegenden, inmitten schlichter bis armer Häuser zu finden. In allen Schichten konnten manche Menschen ihr Glück machen. Private Dienstleistung war der erste Sektor, der Wohlstand vermittelte: Würstchenbuden, Krämerläden, Boot- und Fahrradverleih, Obst- und Gemüsehandel. Handwerk und Kleinunternehmertum waren eine zweite, stabilere Stufe. Dann kam es zu einer allgemeinen Aufwertung und starker Einkommensdifferenzierung akademischer Berufe. Ein Lehrergehalt kann jetzt das Doppelte des Gehalts einer einfachen Sekretärin erreichen. Ein leitender Ingenieur oder ein Manager eines mittleren Unternehmens verdient das Drei- bis Fünffache eines Lehrergehaltes. Die Einkommensschere öffnet sich schnell, gibt Antrieb für die einen und enttäuscht die anderen.

Eine lange wirtschaftliche Durststrecke

Ungarns Ökonomen optieren seit langem für eine liberale Wirtschaftspolitik. Sie ist keine Kopie westlicher Praxis, sondern ein Bastard von schlecht identifizierbaren Eltern. Der extreme Individualismus wurzelt im Frühkapitalismus wie im Alltag des Kommunismus. Der Druck der Weltbank, des IMF und der Finanzwelt ist auch nicht zu unterschätzen. Dazu kommt die Enttäuschung über die Ergebnisse einer von ihrer Absicht her sozialen Planwirtschaft. Die liberale Wirtschaftspolitik ist jedenfalls schon 1988 unter den Kommunisten zur

offiziellen Linie geworden. Sie ist es bis heute geblieben und wird es in der absehbaren Zukunft bleiben. Die Idee einer staatsgelenkten, zentralisierten Wirtschaft verschwand in der Mottenkiste. Die sozialistische Option hat gleichfalls einen schweren Stand, nur ein kleiner Kreis weniger einflußreicher Fachleute fordert mehr soziale Sensibilität und mehr Solidarität mit den Bedürftigen. Es ist nicht populär, gegebenenfalls die Verlangsamung der Umgestaltung zu fordern, bzw. für die Verwertung alter ostmitteleuropäischer Wirtschaftsbeziehungen einzutreten. Ohne diesen Preis kann aber der liberale Kurs nicht relativiert werden.

Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ist auch von den *Außenbeziehungen* abhängig. Sofern der Kapitalzustrom aus Westeuropa, Amerika und dem Fernen Osten anhält, und wenn beiderseitige Maßnahmen ergriffen werden, um eine EG-Mitgliedschaft etwa im Jahre 2000 zu ermöglichen, hofft man, bis 1995 die Wirtschaft voll zu stabilisieren. Das bedeutete eine ausgewogene Außenhandelsbilanz und ein Ende der Inflation. Der Rückgang der Wendejahre könnte mehr als ausgeglichen werden mit einer Steigerung des Bruttosozialprodukts im Zeitraum von 1990–2000 um 10 Prozent und einer Steigerung des Verbrauchs um 8 Prozent. Diesem Szenario entsprechend kann Ungarn von 1995 an beginnen, auch die Schuldenmasse abzutragen (1991 15 Mrd US-\$).

Sollten der Kooperationswille, oder – infolge einer weiteren Rezession – die Kooperationsfähigkeit der westlichen Wirtschaft wesentlich nachlassen, würde Ungarn in eine heikle Situation schlittern. Die Verschuldung würde weiter zunehmen (auf 19 Mrd US-\$ im Jahre 2000), das Produktionsvolumen würde nur schwach steigen, der Verbrauch zurückfallen und erst im Jahre 2000 wieder das Niveau von 1990 erreichen. Der knappe Spielraum der Wirtschaft würde die innen- wie die außenpolitische Bewegungsfreiheit gefährlich eingrenzen. Im Gegensatz zu diesem zweiten Szenario könnte ein drittes, nämlich eine bewußtere Anpassung an eine ungünstige Weltwirtschaftslage, etwas bessere Resultate erzielen. Sie würde aber länger dauern. Der weiteren Verschuldung könnte erst zu Ende des Jahrzehnts, bei einer Schuldenmasse von 19 Mrd US-\$ Einhalt geboten werden. Und schließlich kann diese Variante nur über eine Neuintegration Ost-Mitteleuropas erreicht werden, die nicht nur von Ungarn bestimmt wird.

Eine Zusammenarbeit erfordert vergleichbare Strukturen. Die *Privatisierung* ist in Ungarn weit fortgeschritten. Die liberale Opposition möchte sie weiter beschleunigen, während die Regierung das Verschleudern nationalen Eigentums verhindern will. Die Wirtschaft braucht Geld, also potente Käufer. Sie können aus zwei Richtungen kommen, aus dem Ausland oder aus der ehemaligen Parteispitze. Es ist verblüffend, wieviel Kapital letztere beiseite schaffen konnten. Viele haben jedenfalls Bedenken, das Land ausschließlich an diese beiden Interessentengruppen auszuverkaufen. Die Privatisierung ist auch sonst voll Tücken: Manche Vermögen haben sehr billig Käufer gefunden. Die Staatsanwaltschaft fand nichts Vorschrittwidriges, im Volk wird nichtsdestoweniger von Beste-

chungen, Auslandskonten, politischen Vereinbarungen gemunkelt.

Die ungarische Wirtschaft ist jedenfalls eine ganz andere als vor wenigen Jahren. Viele ehemalige Genossenschaftsbauern arbeiten jetzt auf eigenem Grund und Boden, weitere Landwirte werden im Prozeß der Wiedergutmachungen Land zurückbekommen. Nach Angaben der Meinungsforschung wollten im Jahr 1988 lediglich 25 Prozent der Arbeitnehmer selbständige Unternehmer werden, 1990 hatten bereits 44 Prozent Lust dazu. Wirklich geschafft haben es bis Anfang dieses Jahres 17 Prozent.

Die kommunistische Diktatur hinterließ eine Ungesellschaft

Das passendste sozialtheoretische Konzept zur Beschreibung des real existierenden Sozialismus war die Anomie: Zwang, bürokratische Akribie, Polizeigewalt einerseits, die Auflösung jeder autonomen Moral und Ordnung, jeder selbsttragenden Struktur andererseits. Ein System des politischen Zentralismus, vielleicht auch Totalitarismus einerseits, die fehlende Systemhaftigkeit der Gesellschaft andererseits. Gerade deshalb war letztere so ungeschützt dem ersteren ausgeliefert. Genau genommen darf die herdenhaft getriebene Gesamtheit eines Volkes, die der innerlich geteilten Werte, Konsense und ungeschriebenen Gesetze verlustig ging, nicht einmal Gesellschaft genannt werden.

Die kommunistische Diktatur erwies sich auf struktureller wie auf individueller Ebene als *Ungesellschaft*. Vielfalt und Eigendynamik der Gesellschaft wurden im Fleischwolf der Einheitspartei und der Einheitsideologie zum strukturlosen Brei. Komplexitätsabbau bestimmte auch das persönliche Umfeld der Menschen. Die physischen Lebensbedingungen und Sicherheiten wurden ihnen garantiert – um den Preis ihrer Individualität und ihrer Mündigkeit. Doch der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Unfreiheit, Unmündigkeit, Einsamkeit und der Verlust der Marksteine der Orientierung können menschliches Leben unerträglich machen.

Auch in Ungarn, wie wohl in allen kommunistischen Ländern, eskalierten soziale Probleme und Streßkrankheiten. Trotz der relativ niedrigen Verstädterung und Industrialisierung kamen Scheidungen, Selbstmorde und Alkoholismus weit häufiger vor als in benachbarten westlichen Ländern. Bereits in den 60er Jahren wurde die Hälfte der ungarischen Bevölkerung für neurotisch befunden. 1992 klagten 34 Prozent der erwachsenen Ungarnen über neurotische Beschwerden, 15 Prozent mußten als Krankheitsfälle einer ärztlichen Behandlung unterzogen werden. Das Bild wird von der abnehmenden Lebenserwartung abgerundet. Seit Mitte der 70er Jahre führte eine höhere Erwachsenensterblichkeit, vor allem der Generation der 50jährigen, zum Rückgang der durchschnittlichen Lebensdauer.

Schließlich wurde die Ungesellschaft selbst unberechenbar

und unregierbar. Kleine Gruppen, Vorboten einer zukünftigen Gesellschaft, reichten aus, um die hohlen Fassaden des Kommunismus umzustürzen. Eine Gesellschaft, eine Kultur gemeinsamer Werte, ein Netzwerk geregelter Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten, eine Gemeinschaft einander vertrauender Menschen ist dabei aber nicht entstanden. Es kam vielmehr zu einem Wandel voller Ambivalenzen. Die Scheidungs- und Selbstmordquoten sanken deutlich, der Alkoholismus fiel leicht zurück, man freute sich auf neue Möglichkeiten, auf eine Welt geheimer Träume. Was aber kam, waren nur allzu häufig neue Unsicherheiten und die Notwendigkeit, hart zupacken zu müssen. Der ungewisse Ausgang entmutigt, selbst nach seinem Zusammenbruch wirkt das Gift des Kommunismus nach. Weder die strukturlose Gesellschaft noch die entmündigten Individuen haben die Kraft, eine neue Ordnung ihrer Wahl rascher herbeizuführen.

Der Ausgang des amerikanischen Bürgerkriegs im vergangenen Jahrhundert schuf eine sonderbare Situation; Abertausende Sklaven wurden freigelassen und verloren dabei jede frühere Sicherheit. Sehr vielen Ungarn geht es heute nicht anders. Zwar litt man unter der Staatsaufsicht, die höchstens Nischen der Freiheit offenließ. Jener Staat übte Zwang aus, doch selbst der Zwang war eine Ordnung. Er garantierte die Reproduktion der Arbeitskraft. Es mag makaber klingen, doch es stimmt: Der real existierende Sozialismus konnte als ein System sozialer Garantien verstanden und erlebt werden. Diese Garantien gibt es nicht mehr, und die Leidtragenden bleiben an diesem Faktum hängen. Die Logik des Scheiterns der realsozialistischen Ökonomie ist für sie weit entfernt, die ehemaligen Schikanen des Polizeistaates sind vergessen. Die Vergangenheit, kaum begraben, wird zum Nostalgieobjekt.

Auch ein Neubeginn hat seine Tücken: Die Tüchtigen entdecken ihre vielfältigen Interessen. Die Gemeinsamkeit unter dem Druck der Unterdrückung weicht, vom Mitleidenden wird man zum Konkurrenten. Verbindende Zusammengehörigkeit ist noch nicht vorhanden. Jeder hat Angst um die eigenen Chancen, jeder mißtraut jedem. Man versucht, in der Vergangenheit oder im gegenwärtigen politischen Credo des anderen Schandflecken zu finden, Individuen, Gruppen, Parteien versehen einander mit scharfen Etiketten. Man bemüht sich durch allseitige Aus- und Abgrenzungen die eigene schwachbrüstige Identität zu festigen; die Intoleranz schlägt himmelhohe Wellen. Man darf sich nicht wundern, wenn manche angesichts dieses Wandels erschrocken sind.

Bruderzwist begleitet die ungarische Geschichte: Der Druck der Völkerwanderung bewegte die Hälfte der Nation westwärts, die andere Hälfte blieb am Ural zurück. Die Europäisierung erfolgte in jahrhundertlangem Kampf zwischen heidnischen Traditionsverteidigern und Anhängern des Christentums. Später, als die Türken Ungarns Heer vernichtend schlugen, wählten die einen einen Nationalkönig, die anderen einen Habsburger zum Herrscher. Später, nach der Türkenzeit, als Habsburg das Land wie eine Kolonie behandelte, entschlossen sich viele zum bewaffneten Widerstand, während

andere in Wien Kompromisse zu erreichen suchten. Die konfessionelle Teilung ergänzt diese Tendenz. Im selbständigen ungarischen Fürstentum Siebenbürgen wurde 1568 die Gleichberechtigung aller vier in der politischen Nation praktizierten Religionen (der katholischen, der kalvinistischen, der lutherischen und der antitrinitarisch-unitarischen) gesetzlich verankert.

Eine Geschichte voller Teilungen

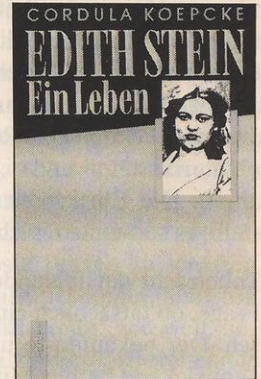
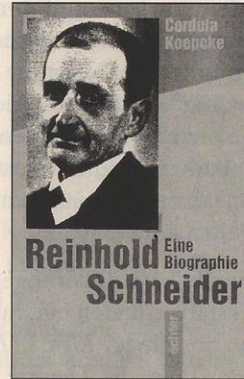
Diese Vielfalt konnte später weder von der Gegenreformation noch von der Protestantengefährlichkeit der Habsburger gebrochen werden. Bald galt protestantisch als national, katholisch als westorientiert. Solche Liaisons sind jedoch unsicher. Seit Ende des 19. Jahrhunderts stehen Katholizismus, christlicher Kurs und national gesinnter Populismus eng beieinander. Demgegenüber formierte sich eine liberale Front, gestützt auf das protestantische Erbe und befruchtet durch den Internationalismus galizischer Einwanderer. Die Konfrontation der „Populisten“ und der „Urbanen“ bestimmte Ungarns Kultur in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Ihre Motive und ihre Nachwirkungen sind bis heute spürbar.

Der Kommunismus brachte eine neue Teilung. Eine Schicht wurde zum Handlanger der Herrschenden getrimmt, die gesamte Bildung diente der Indoktrination. Höhere Qualifikation in den Human- und Sozialwissenschaften bedeutete Vertiefung in die Staatsdoktrin in konsequenter Absage an alle anderen Traditionen. Namhafte Autoren wie *György Konrád* und *Iván Széleányi* behaupten, die Intelligenz sei dadurch zur Klassenmacht geworden. Diese Macht wurde in der Stadt geboren, gestützt auf Theorien statt auf soziale Erfahrung, getragen durch Verbindungen zur Partei statt zum Volk. Sie konnte gesteigert werden durch internationale Beziehungen. Die Herrscherklasse schickte die eigenen Töchter und Söhne an amerikanische Universitäten, kommunistische Kindheits- erfahrung und spätkapitalistische Demokratieerlebnisse vermischten sich. Eine kritische Generation entstand, die nicht wenig zum Reformkommunismus, zur Liberalisierung, schließlich zum Systemwandel beigetragen hat. Sie hat aber auch weiterhin kein Gespür für Tiefenströmungen in der zerrütteten Gesellschaft einfacher Menschen.

Die Mehrheit der Wähler hat bei den freien Wahlen für Menschen gestimmt, die im Kommunismus diskriminiert waren. Saubere Westen wurden gegenüber dem Fachwissen bevorzugt. Das Volk wählte seine politischen Repräsentanten, konnte aber die Schicht der Bürokraten, der Mechaniker der Ungesellschaft, jene Menschen, für die der real existierende Sozialismus zur Selbstverständlichkeit geworden ist, nicht ersetzen. Typisch dafür sind die Streitigkeiten über die *Medien* und über das *Bildungswesen*. Personell sind beide Bereiche so gut wie unverändert. Ungarn hat eben keine zweite Garde von Journalisten, Professoren und Lehrern.

Genau jene, die im alten System die Rundfunk- und Fernseh-

Erste umfassende Biographie über Reinhold Schneider (1903–1958) zum 90. Geburtstag des großen Schriftstellers am 13. Mai 1993



Reinhold Schneider ist in seinem aufrichtigen Suchen und Fragen, auf seinem Weg entlang der Abgründe des Lebens dem heutigen Menschen brüderlich verbunden. Der gewaltige Spannungsbogen seines Lebens wurde getragen von einer Persönlichkeit, deren Entwicklung vom heroischen Nihilismus Nietzsches bis zur Überzeugung reicht, daß es einen Unglauben gibt, der in der Gnadenordnung steht. Den Problemen und Nöten seiner Zeit – NS-Diktatur, akute Kriegsgefahr und beginnende Umweltzerstörung – antwortete Reinhold Schneider mit Mut zur Konfliktbereitschaft und Bescheidenheit: Er wollte nichts weiter sein als Schriftsteller, Schreiber, Stimme. Diese Stimme hat über die Jahrzehnte hinweg nichts an Eindringlichkeit verloren und ist vielleicht heute in manchem aktueller als in den fünfziger Jahren.

Reinhold Schneider. Eine Biographie. Von Cordula Koepcke. 292 Seiten, 11 Abbildungen. Gebunden. DM 48,- / öS 375,- / SFr. 48.-. ISBN 3-492-01495-6.

In gleicher Ausstattung und zum gleichen Preis ist bereits erschienen:

Edith Stein. Ein Leben. Von Cordula Koepcke. Mit einem Geleitwort von M. Amata Neyer. 1991. 336 Seiten. Gebunden.

DM 48,- / öS 375,- / SFr. 48.-. ISBN 3-429-01346-1.

„Das Buch ist nicht nur für jene Leser bestimmt, die Edith Stein in Verehrung zugetan sind, sondern auch für solche, die deren Weltsicht nicht teilen, aber ihre Person und ihr Werk interessant finden [...] Sehr gut zeichnet Cordula Koepcke die Idealistin Edith Stein, welche die Welt und ihre Zuhörerinnen und Zuhörer an ihren Idealen mißt, dann aber immer wieder durch schwere Erfahrungen auf den Erdboden zurückgeholt wird.“

Waltraud Herbstrith, in: *Christ in der Gegenwart*

 **echter**

„echter“-Bücher erhalten Sie
bei Ihrem Buchhändler!

kommentare schrieben, die Kulturpolitik bestimmten, Wissen und Weltanschauung auf akademischer Ebene und in der allgemeinen Bildung vermittelten, üben auch heute diese Berufe aus. Nur: jetzt bekennen sie sich frei von staatlicher Bevormundung und bezeichnen ihre Tätigkeiten als neutral. Im Namen intellektueller Freiheit und dieser Neutralität wehren sie sich gegen personalpolitische Eingriffe des Staates in die Leitung des nationalen Hör- und Fernsehfunks. Mit den gleichen Argumenten wird gegen Religionsunterricht im Rahmen des Schulunterrichtes und gegen konfessionelle Schulen gekämpft. Die Ehrlichkeit der Kontrahenten ist nicht anzuzweifeln, es stoßen lediglich zwei Welten aufeinander.

In Anbetracht der fehlenden personellen Veränderungen ist die Frage, ob tatsächlich ein Wandel stattgefunden hat, nur zu logisch. Der bekannteste ungarische Soziologe, *Elemér Hankiss*, entwickelte bereits Mitte der 80er Jahre die Theorie, daß die herrschende Elite ihre Macht von der damaligen Einheitspartei in die Wirtschaft verlagert habe. Sie unterstützte den Systemwandel, weil ihre Vormachtstellung gewahrt blieb. Unterstellt man den Wählern, diese Zusammenhänge zumindest instinktiv zu spüren, braucht es niemanden zu wundern, daß sie auf die eigene Alternativlosigkeit mit politischer Abstinenz reagieren.

Kleine Gruppen aller Couleur versuchen mit stiller, zäher Arbeit Strukturen des Gemeinwesens zu schaffen. Sie brauchen viel Mut und Entschlossenheit, um es mit der erneut wachsenden Apathie aufzunehmen. Ihre Arbeit bringt unbestreitbar Früchte: in der Wirtschaft, in den Gemeinden, in der breiten Öffentlichkeit, in den Kirchen. Die Mehrheit gebärdet sich dagegen unbeholfen, wartet ab, benimmt sich wie ein verwöhntes Kind, das von Mama alleingelassen wurde. Jeden Augenblick kann das Heulen beginnen. Es gibt aber noch die Minderheit der *Radikalen*. Sie wollen abrechnen und sofort die Verhältnisse von 1949 wiederherstellen. Ihre Argumente wecken Emotionen: 2 Millionen Ungarn in Rumänien, weitere 700000 bis 800000 in der Slowakei sind dort zweitrangige Bürger, die um ihre Sprache und um ihre kulturelle Identität kämpfen müssen. Eine verbale Solidarisierung kostet nichts, kann aber Gefühle hochpeitschen.

Ähnlich steht es mit dem *Antisemitismus*. Vergleichsstudien behaupten, er sei in Ungarn schwächer als sonstwo in Mitteleuropa. Er ist aber vorhanden. Als ein Enfant terrible der Regierungspartei, *István Czurka*, über einen gefährlichen Einfluß der Juden schrieb, hat er bei aller Kontroverse nicht wenig Zustimmung bekommen. Auf der anderen Seite sorgte ein Oberrabbiner von Budapest für Furore. „Würde man den Beitrag der Juden aus der ungarischen Kultur entfernen, blieben nur Volkstracht und Aprikosenschnaps zurück“, verlaute er vor einigen Wochen in der Presse. Antisemiten sahen sich dadurch bestätigt.

Radikalismus dieser oder jener Art ist aber nur Feuerwerk, das die Gesellschaft und die Politik nur wenig berührt. Die Hauptfragen sind, ob und wie der volksverbundene Populismus sich einer solidaritätsgeprägten Modernität Europas öff-

nen kann und umgekehrt, ob und wie die ungarische Variante des Liberalismus den Weg zum Volk, zur Anerkennung der nationalen Tradition und zum sozialen Denken finden kann. Unter allen öffentlichen Institutionen hat die ungarische Gesellschaft 1989 wie 1991 den *Kirchen* das höchste Ansehen zugeschrieben. Sie besaßen mehr Prestige als das Parlament, die Regierung, Lokalvertretungen oder sonst etwas. Ihr Beitrag wurde erwartet zur Sanierung des Schulwesens und der Sozialfürsorge, ihre Mitarbeit wurde gewünscht in Kultur und Politik. Nicht nur die Frommen, sondern die Gesellschaft insgesamt wollte den Kirchen wichtige Funktionen übertragen. In Ungarn bezeichnen sich gegenwärtig 70 Prozent der Menschen als religiös. Ein nur wenig höherer Anteil der Kinder wird getauft, in die Kirchen kommen aber auch zur Weihnachtszeit lediglich 31 bis 32 Prozent der Ungarn. Der Sonntagskirchgang liegt bei etwa 12 Prozent aller Katholiken. Die Beteiligung der Kirchen an der Lösung moralischer Probleme, bei der Bewältigung sozialer Spannungen und in Fragen der Kultur und Bildung hat dagegen 80 bis 84 Prozent der Bevölkerung gefordert. Die große Mehrheit sprach sich für die Wiedererrichtung kirchlicher Schulen wie für die Rückerstattung der vor 40 Jahren beschlagnahmten Immobilien der Kirchen aus. Allem Anschein nach wurde den Kirchen die Rolle eines Allheilmittels zugeordnet.

Die Kirchen bedürfen selber der Heilung

Zur glaubwürdigen Verkündigung des Heiles und zur Heilung der tief verwundeten ungarischen Gesellschaft bedürfen die Kirchen selbst einer Heilung. 40 Jahre Verfolgung haben auch ihnen schweren Schaden zugefügt, wie die Gesellschaft sind sie atomisiert. Auf 1000 Katholiken kommen halb so viele Priester wie in Deutschland oder Österreich. Die geregelte Mitarbeit von Laien in der Kirche wurde vom Staat nicht gewünscht, von der kirchlichen Praxis nicht vorbereitet. Seelsorge, Gemeindefarbeit, Kirchenverwaltung waren und blieben rein priesterliche Tätigkeiten. Der Klerus, alt und klein an Zahl, war und ist durch die Aufgabenhäufung überbelastet. Es fehlt die Energie zu Neuerungen, zu Umorganisation, zur Vorbereitung von Laienhelfern.

Einen Hoffnungsschimmer bildeten die *Basisgruppen* und die *spirituellen Bewegungen*. Die Zahl der ersteren wurde in den 80er Jahren auf vier- bis fünftausend geschätzt. Vierzehn Bewegungen beteiligen sich jetzt an regelmäßigen Treffen. In den letzten drei Jahren hat auch das Ordensleben neu begonnen. Drei Männerorden und ein Schwesternorden waren, mit einer beschränkten Mitgliederzahl, für die Führung von acht katholischen Gymnasien in der kommunistischen Zeit zugelassen, einige Frauenorden konnten im Untergrund bestehen bleiben. Andere Orden sammeln jetzt ihre versprengten Mitglieder aus dem In- und Ausland. Anfang 1992 hatten bereits 21 Männer- und 42 Frauenorden wieder in Ungarn Fuß gefaßt, kaum einer hat jedoch ein Ordenshaus oder eine andere

Institution zurück erhalten. Ein Gesetz über die Rückerstattung wurde zwar bereits im Frühling 1991 mit überwiegender Mehrheit im Parlament verabschiedet, aber seitdem stehen die konkreten Fälle der Rückgabe im Kreuzfeuer der Medien und der Oppositionsparteien. Immer häufiger wird von einem *Kulturkampf* gesprochen.

Die Kirchen, vor allem die katholische, deren Mitglieder den Taufquoten entsprechend 67 Prozent der Bevölkerung Ungarns stellen, stehen vor historischen Aufgaben. Sie müssen bei aller Vielfalt eine innere Einheit herstellen, die verschiedenen Ansätze integrieren, Kirchesein im Miteinander verwirklichen. Eine unerläßliche Vorbedingung dazu ist die Einbeziehung der *Laien*. Im Prozeß des Kirchewerdens kann die Frage der profanen Funktionen nicht ausgeklammert werden: Es ist zu entscheiden, was für Aufgaben die Kirchen übernehmen wollen und unter welchen Bedingungen.

Ein zweiter Komplex betrifft die Infrastruktur und die Finanzierung der Kirchen sowie das Staat-Kirche-Verhältnis. Kämpfe um die Rückgabe von Gebäuden gehören zum Alltag des Postkommunismus. Ordensgemeinschaften haben eine Bleibe bitter notwendig, um ihre Kommunität auch im Zusammenleben realisieren zu können. Eine große Zahl christlicher Eltern möchte den eigenen Kindern in einer konfessionellen Schule religiöse Erziehung zuteil werden lassen. Das ehemalige und vor 40 Jahren verstaatlichte Kloster oder die Schule beherbergt aber jetzt Mieter oder eine staatliche Institution mit Zöglingen. Sie sind nicht schuld an dieser Situation, würden aber zu Leidtragenden, wenn man sie ausweisen wür-

de. Würden die Kirchen, die Orden ihre Rechte durchsetzen, würden sie Unschuldige verletzen und sich Feinde schaffen. Was sollen sie tun? Schon vor ihrer Entscheidung werden sie zur Bedrohung des Status quo und dessen Nutznießer. Kirchen gelangen gewollt oder ungewollt in eine Machtposition und entfachen Religions- und Kirchenfeindlichkeit. Deren Samen wurden vom Kommunismus gesät, bewässert wird jedoch diese Saat von der Hast und von der Unempfindlichkeit für legitime Interessen der Mitbetroffenen. Im Endergebnis droht ein tiefer Graben zwischen den Kirchen und dem nichtglaubenden Teil der Gesellschaft zu entstehen.

Die Kirchen bringen viel Kraft auf, um sich selbst zu erneuern und um dafür die äußeren Voraussetzungen zu schaffen. Es fragt sich, wieviel Energie für ihre Hauptaufgabe, für die Verkündigung der frohen Botschaft bleibt, wie weit sie sich aufraffen können, das Evangelium zu den Fernstehenden, zu den Nichtglaubenden, zur Gegenseite des Kirchenkampfes zu tragen. Es fragt sich schließlich, ob sie dieser „Gegenseite“ genug Achtung entgegenbringen können, um deren Denkweise, Sprache, Argumente kennenzulernen. Sonst können sie kaum hoffen, Gehör zu finden.

Vor zwei bis drei Jahren hat die ungarische Gesellschaft die Heilung ihrer inneren Zerrissenheit vor allem von den Kirchen erwartet. Seitdem sind die Kirchen voll in den Strudel der Politik, der Wirtschaft und materieller Interessen hineingeraten. Sie müssen noch sehr große Anstrengungen machen, um nicht zur weiteren Teilung der Gesellschaft beizutragen, sondern für alle zum sichtbaren Sakrament der Einheit zu werden.

Miklós Tomka

„Die Krise kann nicht einfach gemanagt werden“

Ein Gespräch mit dem Münsteraner Regens Hans Döink

In ihrem Schreiben über den priesterlichen Dienst haben die deutschen Bischöfe ungewöhnlich offen die Schwierigkeiten benannt, mit denen sich gegenwärtig Priester auseinandersetzen müssen (vgl. HK, Dezember 1992, 544f.). Von vier Problembereichen ist dabei die Rede: Dem Schwund kirchlicher Glaubenspraxis, dem Bedeutungsverlust der Kirche in der Gesellschaft, den Identitätsproblemen von Priestern und deren „persönlichen inneren Problemen“. Um diesen Krisenphänomenen aus der Perspektive der subjektiven Betroffenheit näherzukommen, sprachen wir mit dem Regens des Priesterseminars der Diözese Münster, Hans Döink. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Dr. Döink, in ihrem Schreiben über den priesterlichen Dienst hat die Deutsche Bischofskonferenz eine sehr ehrliche und offene Darstellung der Probleme vorgelegt, die heute Priester zu bewältigen haben. Entspricht das von den Bischöfen gezeichnete Bild Ihrer Erfahrung? Wo sehen Sie

besonders schwerwiegende Ursachen, die für die gegenwärtige Krisensituation verantwortlich sind?

Döink: Die Analyse der Bischöfe ist realistisch. Alle vier der angesprochenen Problembereiche kommen in den Ge-